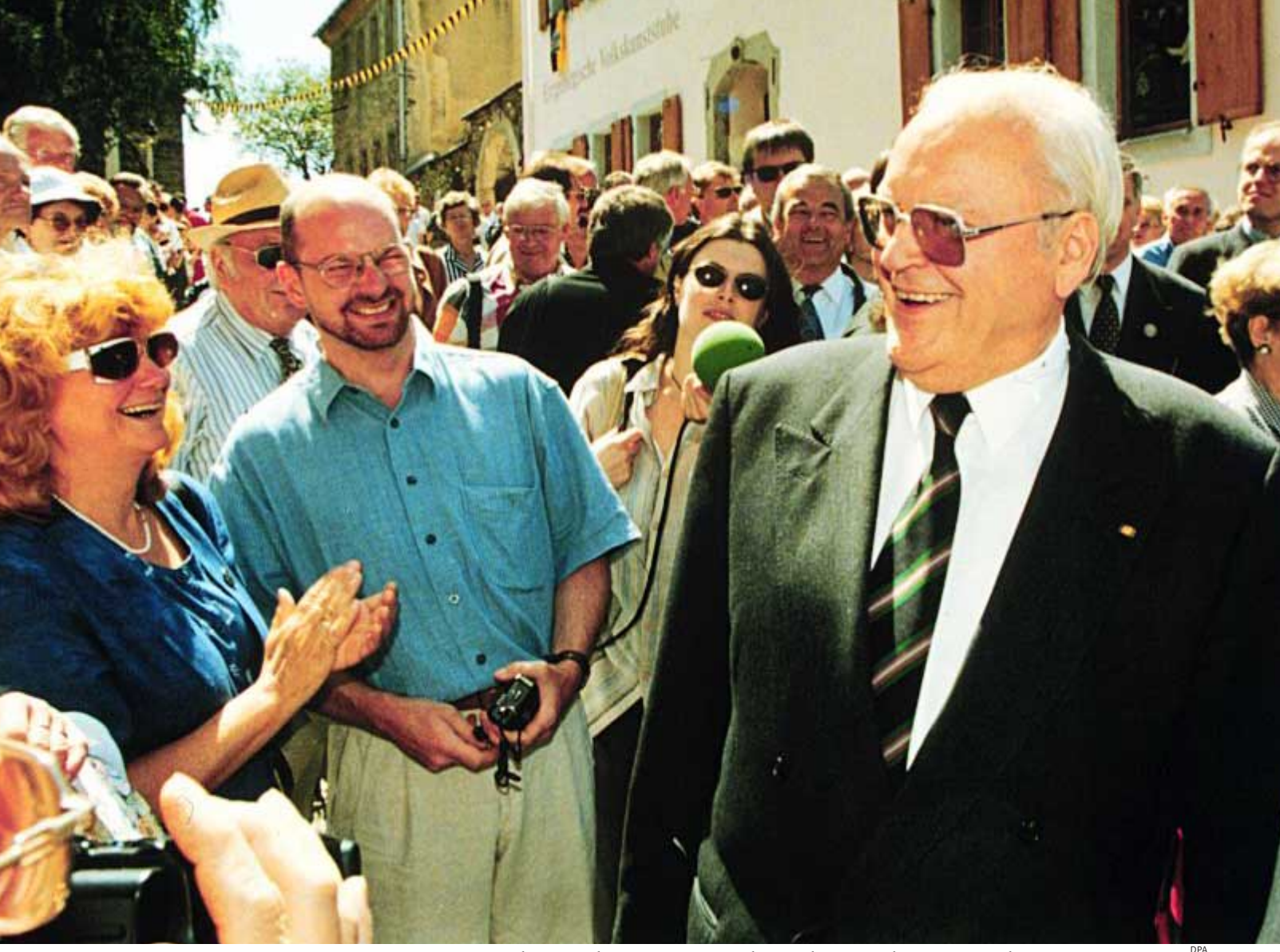

Staatsoberhaupt Herzog, Bürger*: *„Wir streiten um die unwichtigen Dinge, um den wichtigen nicht ins Auge sehen zu müssen“*

DPA

BUNDESPRÄSIDENT

„Einen Klotz hinhauen“

Machtvergessen, machtversessen: In seiner Berliner Brandrede prangert Roman Herzog, zornig über die geplatzten Steuergespräche zwischen Kohl und Lafontaine, die Selbstblockade der Politik an. „Die Bürger haben dafür kein Verständnis mehr“, glaubt das Staatsoberhaupt.

Asien hat es dem Bundespräsidenten angetan. Da herrschen Dynamik, Vitalität, Aufbruch, Wachstum. Er ist fasziniert von der Großbaustelle Schanghai, vom hypermodernen Tokio, vom Aufschwung im vormaligen Entwicklungsland Malaysia.

Der Gegensatz zur Heimat fällt kraß aus. „Wann immer man nach Deutschland zurückkommt“, erzählte Roman Herzog Vertrauten nach einem Staatsbesuch in China – „hier trifft man auf die immer selben Probleme, Szenarien, Neurosen.“

In Zeiten existentieller Herausforderung durch die Globalisierung stecke Deutschland in einem Teufelskreis aus Resignation und gesellschaftlicher Erstarrung, aus Reformblockade und wirtschaftlicher Lähmung. Die Ursache aus Sicht des Präsidenten: Das Land leide unter einer „unglaublichen mentalen Depression“.

In seiner bisherigen Amtszeit hatte sich Herzog mit fundamentaler Kritik an der herrschenden Unvernunft im Stile seines Vorgängers Richard von Weizsäcker zurückgehalten. Nun gab er seinen Beratern in der Villa Hammerschmidt den Auftrag, ihm eine Grundsatzrede zu entwerfen.

Der Anspruch war hoch: eine Rede zur Lage der Nation, nach Gewicht und Umfang vergleichbar mit dem jährlichen State-of-the-Union-Auftritt des amerikanischen Präsidenten. Bei Bedarf und Gelegenheit wollte Herzog sie mit entsprechender Wirkung vortragen. „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ lautete der Arbeitstitel.

Vorige Woche war es soweit: „Die Rede ist fällig“, entschied der Präsident. Einen neuerlichen Beleg für seine These über den

* In Schneeberg im Erzgebirge im Juli 1996.

Stillstand der Gesellschaft und die Reformunfähigkeit der deutschen Politik hatte ihm der verkorkste Steuergipfel am vergangenen Mittwoch geliefert. „So geht's nicht weiter", befand der Präsident.

Den ersten Anlauf zur Philippika nahm er gleich tags darauf in Nürnberg: „Die Bürger haben dafür kein Verständnis mehr", erregte sich Herzog auf dem bayerischen Sparkassentag. Regierung und SPD-Opposition hätten sich „in Verhandlungsritualen" festgefressen. Weder Helmut Kohl noch Oskar Lafontaine, so ließ Herzog durchblicken, hätten den nötigen Willen zur Lösung der überfälligen Probleme gezeigt.

Für die eigentliche Brandrede am vorigen Samstag hatte sich das Staatsoberhaupt einen historischen Ort ausgesucht: das in geradezu asiatischem Tempo hochgezogene Hotel Adlon, wo einst Richard Strauss, Greta Garbo und Thomas Mann logierten, gleich hinter dem Brandenburger Tor.

Vor der gemischten Berliner Hautevolee – geladen waren der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, der Historiker Arnulf Baring, aber auch Harald Juhnke – ging der ehemalige Verfassungsrichter Herzog mit den Deutschen allgemein und ihren Politikern im besonderen ins Gericht.

„Hier herrscht ganz überwiegend Mutlosigkeit, Krisenszenarien werden gepflegt, ein Gefühl der Lähmung liegt über unserer Gesellschaft", hatten ihm seine Berater ins Manuskript geschrieben. „Wir streiten um die unwichtigen Dinge, um den wichtigen nicht ins Auge sehen zu müssen."

Alle dürfen sich von ihrem Präsidenten angesprochen fühlen. Kohl und Lafontaine: „Wenn sie wirklich meinen, was sie sagen, erwarte ich, daß sie jetzt schnell und entschieden handeln!" Die Interessengruppen und Bedenkenträger: „Ich warne alle, die es angeht, Reformen nicht scheitern zu lassen." Die Besitzstandswahrer unter den Bürgern: „Mit dem rituellen Ruf nach dem Staat geht ein gefährlicher Verlust an Gemeinsinn einher."

Herzog, einst Innenminister in Baden-Württemberg, kennt den leerlaufenden Polit-Betrieb aus Erfahrung. Als sarkastischer Höhepunkt seiner Berliner Rede war ein Sieben-Stufen-Programm über das routinierte Zerfleddern sinnvoller Reformen gedacht.

„Am Anfang steht ein Vorschlag, der irgendeiner Interessengruppe Opfer abverlangen würde." Die Medien, zweite Stufe, melden „kollektive Empörung". Stufe drei: Parteifunktionäre werfen sich aufs Thema. Stufe vier: Der Vorschlag geht in einem Wust von Gegenvorschlägen und „zweifelhaften Blitzumfragen" unter. Die Folge (Stufe fünf): „Bürger werden verunsichert." Das ist – Stufe sechs – der Moment für „Appelle zur Besonnenheit". Am Ende – Stufe sieben – wird das Problem vertagt: „Der Status quo setzt sich durch – alle warten auf das nächste Thema."

M. DARCHINGER

Kontrahenten Kohl, Lafontaine: *„Verlust an Gemeinsinn"*

Im Grunde fehlten nur noch die beiden Leitbegriffe, mit denen Herzogs Vorgänger Richard von Weizsäcker einst die Ära Kohl charakterisiert hat: machtvergessen und machtversessen.

Zu allen Zeiten haben die Bundespräsidenten, obwohl sie durch die Verfassung keinen Einfluß auf die laufenden Geschäfte ausüben dürfen, versucht, die Regierenden in Bonn unter Druck zu setzen. Theodor Heuss war nicht nur ein begnadeter Redner; er weigerte sich 1953 auch, Thomas Dehler zum Justizminister zu ernennen.

Walter Scheel wäre in den Siebzigern zu gern „ein politischer Präsident" gewesen. Er weigerte sich mehrmals, Gesetze der sozial-liberalen Koalition zu unterzeichnen. Seine Machtbefugnisse wollte er „bis an die Grenze" ausloten. Schließlich begnügte er sich mit der Rolle des singenden Staatsoberhaupts.

Weizsäcker hingegen brachte es zeitweise sogar zu einer Art Überkanzler, zum bleibenden Zorn des real regierenden Kanzlers. Mit seinen sinnstiftenden Reden aus geschichtsträchtigem Anlaß – wie zur 40. Wiederkehr des Kriegsendes am 8. Mai 1985 – wurde er zum aristokratischen Leitbild der Bürger: Er jedenfalls sprach aus, was Kohl nicht einfiel.

Mit seinem Vorgänger hat Roman Herzog wenig gemeinsam. Hier der feinsinnige, silberhaarige Adelige mit dem Hang zum pathetischen Tremolo – dort der Niederbayer aus kleinbürgerlichem Hause mit der Vorliebe für „Wahrheit und Klarheit".

In demonstrative Konkurrenz zu Regierungschef Kohl wollte Herzog, im Unterschied zu Weizsäcker, ursprünglich nicht treten. Allerdings ist die Distanz zum Kanzler, ohne den er ja nicht Präsident geworden wäre, in letzter Zeit offenbar erheblich gewachsen.

Herzog, der sich „im Kern als unbequem" einschätzt, gab Kohl schon vor Beginn seiner Amtszeit zu bedenken, er werde „keinen Vollzugsgehilfen im Präsidialamt" abgeben. „Mit aufgeklapptem Visier" wolle er „entlang der Wirklichkeit" argumentieren und den Bonnern „auch mal einen Klotz hinhauen".

Ehe er jetzt zum großen Rundumschlag ansetzte, war Herzog eher mit halblauten, aber regelmäßigen Ermahnungen aufgefallen. Mal gab er zu bedenken, das Steuersystem müsse endlich vereinfacht werden; mal lobte er die IG Metall für ihr Bündnis für Arbeit.

Er erhob Einwände gegen die Trinkgeldsteuer, gegen „den Schwachsinn, der die Bildschirme bevölkert", und warf sich für die „Weltstadt Berlin" ins Zeug, in die noch Weizsäcker, als Symbol der Einheit, den Amtssitz des Präsidenten verlegt hatte. „Ihr Deutschen, fürchtet euch nicht", lautete Herzogs permanente Botschaft aus christlich-optimistischem Gemüt – packt doch einfach an.

Der Kanzler konnte bisher mit dem Präsidenten gut leben. Herzog gewann nach schleppenden Anfängen („unverkrampfte Nation") rasch an Popularität – anders als Weizsäcker keineswegs auf Kosten Kohls. Seit der Berliner Rede dürfte der Kanzler seinen Präsidenten mit anderen Augen sehen.

Der Bürgerpräsident spricht, auf seine rustikale Weise, am liebsten pointiert aus, was die verdrossenen Bürger, unter die er sich gern mischt, fühlen und denken.

Präsidial-Mahnung

RUDOLF AUGSTEIN

Kaum jemand hat ja bezweifelt, daß Richard von Weizsäcker für seine zehn Jahre Amtszeit der „richtige“ Präsident war. Aber es ist unausbleiblich, und vom Grundgesetz wohl auch so gewollt, daß jeder Präsident seinen eigenen Stil hat.

Die Ära Weizsäcker war kein Experiment. Die des Nachfolgers verspricht eines zu werden. Zwar hat auch Weizsäcker versucht, wie es jedem Präsidenten naheliegt, seine Kompetenzen auszuweiten. Er zog sich aber, war er an den Elektrozaun gestoßen, souverän zurück.

Bei Roman Herzog hat man das Gefühl, daß er seine Ermahnungen und Gedanken hartnäckiger vortragen will. Es macht ihm nichts aus, wenn er aneckt. Er wird an einem anderen Punkt wieder ansetzen.

Nun mag man sich zu Recht fragen, ob die Parteien auf den Präsidenten wirklich hören oder ob sie nur so tun.

Auch die Bevölkerung, die Wählerschaft, hat bisher wenig Bereitschaft erkennen lassen, die Appelle ihrer Präsidenten anders als das übliche Wort zum Sonntag zu betrachten. Ob sich das ändern läßt? Dies eben bleibt die Frage. Es müßte sich ja dann um einen subtilen Vorgang handeln. Direkt bewirkt der Bundespräsident, anders als sein italienischer Amtskollege Scalfaro, nämlich nach wie vor nichts, anders auch als der französische Präsident Chirac, dem außer durch die Wirklichkeit keinerlei Schranken gesetzt sind.

Worum könnte es sich dann bei der Wirksamkeit eines hartnäckig bohrenden Bundespräsidenten handeln? Das Wahlvolk müßte porös sein. Es müßten Gedanken, Vorstellungen und Forderungen eindringen können, ohne daß die direkte Einflußnahme erkennbar wäre. Dies ist eine Möglichkeit, aber auch nicht mehr. Behindert wird der präsidiale Einfluß durch die verständliche, aber den Leuten nicht einleuchtende eiserne Erklärung Herzogs, er werde nicht ein zweites Mal kandidieren. Hier beißen sich Wunsch und Wille.

Nun hat Herzog eine andere politische Landschaft vor Augen, als sie Weizsäcker zu Beginn seiner zweiten Amtsperiode hatte. Er spürt den unartikulierten Willen zur Veränderung, dem ein Koloß im Wege steht. Er spürt, daß in den verschiedensten Gruppierungen der nur selten ausgesprochene Wunsch herrscht: Alles andere, nur dies nicht weiter!

In seiner Berliner Rede warnte er davor, zu sehr von „Ängsten erfüllt“ zu sein. „Uns fehlt der Schwung zur Erneuerung, die Bereitschaft, Risiken einzugehen, eingefahrene Wege zu verlassen, Neues zu wagen“, so Herzog – und weiter: „Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem.“

Entweder also, er stößt damit ins Leere, oder er füllt ein Vakuum. Derlei hatten wir noch nie.

Es könnte sein, daß er in Ehren verliert. Es kann aber auch sein, so unwahrscheinlich es sich heute ausnimmt, daß seine Anstöße umgesetzt werden, weil die Notwendigkeit einer Veränderung, zumal in den politischen Gruppierungen, als dringend empfunden wird. Der bloße Machterhalt, auf den das jetzige Regime ja hinausläuft, müßte die Wähler eigentlich von den Urnen fernhalten.

Auch dies würde den mit Sitzfleisch ausgestatteten Bundeskanzler Helmut Kohl nicht erschüttern. In der Außenpolitik braucht man ihn zwar jetzt nicht mehr, aber nichtsdestotrotz hat er deren Reize seit längerem entdeckt. Enthebt ihn dies doch der lästigen Pflicht, in der Innenpolitik anders als der fülle Moderator aufzutreten.

Es scheint so, und es ist wohl auch so, daß Kohls Freund Roman Herzog hier den Hebel ansetzen will. Er weiß zwar, daß Kohl ihn ins Amt gebracht hat. Aber auch der Erzbischof von Canterbury, Thomas Becket, war von seinem Freund König Heinrich II. ernannt worden. Der wechselte sein Amtsverständnis und vertrat die Interessen der römischen Kirche. Wie Thomas Becket sieht Roman Herzog sich nicht als Lordsiegelbewahrer der jetzigen, nur unter Kohl möglichen Koalition.

Er muß nicht zum Märtyrer werden (wie Thomas Becket 1170), damit eine Machtgruppierung Vorteile erhielte. Es ist und bleibt ja fraglich, ob er überhaupt ein Machtfaktor ist.

Seinen unsichtbaren Hut hat er in einen unsichtbaren Ring geworfen. Kaum je werden wir mit Sicherheit wissen, wie das Experiment, ein solches ist und bleibt es, ausgeht. Da darf man denn nach der Bundestagswahl spekulieren. Wer aus wahltaktischen Motiven Reformen verhindere, der müsse wissen, „daß unser Volk insgesamt dafür einen hohen Preis zahlen wird“, stand in seiner Rede.

Daß Herzogs Sensorium für die Stimmung im Lande tatsächlich besser funktioniert als beim Kanzler und auch bei Lafontaine, zeigt die Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts für den SPIEGEL. Das Vertrauen in Politiker und Parteien ist im April erheblich gesunken: Weder Union noch SPD trauen die Deutschen zu, die Probleme lösen zu können (siehe Seite 48).

Mit seinem Anspruch, unter all den Machtversessenen und Machtvergessenen in der Bonner Politik einer der wenigen normalen Menschen zu sein, fühlte sich Herzog zu seiner Philippika aufgerufen.

Schließlich hat er sich seine Unabhängigkeit bewahrt. Schon zu Beginn seiner Amtszeit schloß er eine weitere Kandidatur – er ist jetzt 63 – aus Altersgründen aus. Das meinte er so, obwohl es ihm kaum jemand auf Anhieb abnahm. 1999 wird aus dem Bundespräsidenten Herzog der Pensionär Herzog.

J. H. DARCHINGER

Herzog-Vorgänger Weizsäcker
Sinnstiftende Reden

Aus seiner Rede im Hotel Adlon wollte der Bundespräsident ein politisches Ereignis machen – und zugleich eine Tradition beginnen. Künftig soll sich die Berliner Gesellschaft einmal im Jahr am geeigneten Ort versammeln, um der Ansprache eines gewichtigen Gastes zuzuhören.

Das muß nicht immer der Bundespräsident sein, aber in der Regel ein Staatsoberhaupt. Der Gast soll von der Hauptstadt aus möglichst klare Worte an die Nation richten.

Dafür hat Roman Herzog den Maßstab gesetzt. ◆